

## Übersicht Formblätter Beschluss mit Folgekosten

Nr.	Arbeitstitel	VZÄ	Finanzielle Auswirkung in Euro (ohne Personalkosten)	
			konsumtiv	investiv
1	KVR-Umbau Finanzierung Stufe II	12,00	12.000.000	48.000.000
2	Mehrbedarf aufgrund der Umsetzung der DSGVO im Kreisverwaltungsreferat	19,86	-	-
3	Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit; Evaluierung des Stellenbedarfes der Servicetelefone	4,00	-	-
4	Betriebliches Gesundheitsmanagement und Great Place To Work	0,50	-	-
5	Stellenbedarfe des Kreisverwaltungsreferates, zurückgestellter Bedarf aufgrund der „Höchstgrenze“ zum Haushalt 2018	80,60	20.000	-
6	Schaffung einer Stelle IT-Notfallmanager/-in im Kreisverwaltungsreferat	1,00	-	-
7	Qualitative Weiterentwicklung des Sicherheitsberichtes der Landeshauptstadt München mit proaktiver Sicherheitsplanung	-	250.000	-
8	Personalbedarf Bezirksinspektionen im Bereich Lebensmittelüberwachung – Grundsatzsachbearbeitung und Überwachungstätigkeit Betriebe	7,00	-	-
9	Datenschutzreform 2018 – Teil 2: Weitere Umsetzung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und Stärkung des Datenschutzes in der LHM	2,50	-	-
10	Personalbedarf der Bußgeldstelle im Zusammenhang mit der Einführung und Evaluierung des KAD	1,00	-	-
11	Terrorabwehrmaßnahmen in München	-	30 - 40.000.000	
12	Absicherung von Veranstaltungen gegen Angriffe mit Fahrzeugen	-	1.000.000	221.000
13	Standortkonzept Bürgerbüro	60,00	0	0
14	Evaluation Stellenbedarf Asyl, SCIF, Aufenthaltsgenehmigung	6,00	-	-
15	Personalbedarf Luftreinhaltung	110,00	25.000	-
16	Grundsatzbeschluss Sharing - Angebote	2,00	-	-
17	Umsetzung der Maßnahmen aus Verkehrssicherheitskonzept	10,00	-	-
18	EASYRIDE Projekt	2,60	-	-
19	Verlängerung des Integrierten Handlungsprogramm Klimaschutz in München 2019 – 2021 (IHKM)	2,00	-	-
20	Personalbedarf EU-Projekte URBACT und MOBILUS	2,00	-	-
21	Fortschreibung Verkehrsmanagementplan (VMP)	2,00	-	-
22	Neuordnung und Personalbedarf Baustellenkontrollen	10,00	-	-
23	Evaluation Servicebüro Film	1,00	-	-
24	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Sonderverkehre	2,00	-	-
25	Handyparken II – Bericht Konzeptionsprojekt und Realisierung Erfassungssapp Verkehrsüberwachung	-	1.783.000	-
26	Parkraummanagement	55,00	15.000	-
27	Personalbedarfe zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Branddirektion im Jahre 2019	58,00	-	-
28	Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die Freiwillige Feuerwehr	-	165.000	-
29	Ertüchtigung Zweitweg Alarmübertragungseinrichtung (AÜE)	-	700.000	2.000.000
30	Dienstplansystem Branddirektion München - Finale Beschlussstufe	-	18.876.446	-
31	Ersatzbeschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr	-	14.000	4.400.000
<b>Summe</b>		<b>451,06</b>	-	-

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I Sicherheit und Ordnung, Abt. 1 Rechtsangelegenheiten, Bußgeldverfahren, Versicherungsamt, Uabt. 2 Bußgeldstelle	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf der Bußgeldstelle im Zusammenhang mit der Einführung und Evaluierung des KAD		

<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b> <b>Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten</b>		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: OwiG, Stadtrecht, Fachgesetze (eigener und übertragener Wirkungskreis)		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Erläuterung: Zusätzlicher Aufwand i. R. d. Umsetzung des KAD		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	66.700 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€

2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	1		3. QE, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	0		

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Methodenklärung noch erforderlich; Analytisches Bemessungsverfahren

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)****5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:**

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.

**5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:**

Gefahr der Nichteinhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, kontraproduktiv zu den Aufgaben des KAD

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf****6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 1**

Bedarf in qm: 25

**6.2 Begründung/Berechnung:**

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19 benötigt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I Sicherheit und Ordnung, Abteilung 2, Unterabteilung 2 Allgemeine Gefahrenabwehr	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Terrorabwehrmaßnahmen in München		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Reaktion auf Bedrohungslage durch KFZ-Anschläge mit stationären Polleranlagen für die Innenstadt zur Sicherung gefährdeter Örtlichkeiten sowie zur Sicherung von regelmäßig stattfindenden Großveranstaltungen

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Einmalig: Planungskosten, Baukosten

Dauerhaft: jährliche Unterhaltskosten, Kosten für zentrale Steuerung und Überwachung, ggf. erforderliche Verkehrsmaßnahmen im Verbotsbereich (Parkkrallen)

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

**Erläuterung:**

Reaktion auf Gefährdungslage; Stadtratsbeschluss für Mitte 2018 mit Entscheidung über die Einrichtung von dauerhaften Terrorabwehrmaßnahmen (ggf. versenkbare Poller u.ä.) geplant

**2. Finanzielle Auswirkungen**

nicht seriös abschätzbar, abhängig von Umfang und konkreter Planung (Material; Einbauaufwand abhängig vom Untergrund; ggf. weitere technische Maßnahmen erforderlich; Steuerungskonzept mit Leitstelle und Videoüberwachung; Innenraumüberwachung)

Größenordnung: 30 – 40 Mio. €

**2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€

2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	40.000.000 € davon <b>20 Mio. €</b> in <b>2019</b>

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I Sicherheit und Ordnung, Abteilung 2, Unterabteilung 5 Veranstaltungs- und Versammlungsbüro	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Absicherung von Veranstaltungen gegen Angriffe mit Fahrzeugen		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Reaktion auf Bedrohungslage durch KFZ-Anschläge mit mobilen Betonelementen zur Sicherung von stattfindenden Großveranstaltungen

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Erläuterung:

Reaktion auf Gefährdungslage

**2. Finanzielle Auswirkungen**

Einmalig: Anschaffungskosten für zusätzliche Betonelemente: 221 Tsd. €

Dauerhaft: Kosten für den Auf- und Abbau der Betonelemente etc.: 1.000 Tsd. €

**2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€

2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.000.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	221.000 €

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II Einwohnerwesen Abt. 2 Bürgerbüro	Federführung: Kommunalreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Standortkonzept Bürgerbüro		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 24.01.2018 (Vorlagen-Nr. 14-20/V 07823) wurde das Kreisverwaltungsreferat ermächtigt, das Kommunalreferat im Hinblick auf die Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung mit der Suche nach weiteren geeigneten Bürgerbüro-Standorten in Münchner Nordwesten und Südosten zu beauftragen. Zusätzlich sollen insbesondere im Münchner Nordosten die Auswirkungen der langfristigen Siedlungsentwicklungen beobachtet und bei zukünftigen Entscheidungen zum teilräumlichen Versorgungskonzept mit Bürgerbüros berücksichtigt werden.

Es wird mit der Eröffnung von bis zu 3 zusätzlichen Bürgerbüro-Außenstellen gerechnet. Die Mindestpersonalstärke beträgt je Bürgerbüro-Außenstelle 20 VZÄ inkl. Leitungsfunktionen, Kasse und Servicepoint. Diese ist notwendig um einen neuen, zusätzlichen Standort sinnvoll betreiben zu können.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: Der Stadtrat hat das Kreisverwaltungsreferat beauftragt, neue Standorte für Bürgerbüro-Außenstellen zu suchen.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Erläuterung: Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zu künftigen Bürgerbürostandorten

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€



2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	3.055.800 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3		QE 3, VD (3x Sachgebietsleiter/in, A10/E9C)
	54		QE 2, VD (54x SB Bürgerbüro, A8/E8)
	3		QE 2, VD (3x Zahlstellenverwalter/in, A6/E5)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Einzelfallunabhängiger Aufwand für drei Funktionen (Kasse, Leitung, Sachbearbeitung), sofern neue zusätzliche Standorte der Bürgerbüro-Außenstellen angemietet und eröffnet werden.

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Im Falle zusätzlicher Standorte für ein Bürgerbüro fällt der Stellenbedarf für die genannten Positionen zwingend an. Es gibt hier keine Alternative zu einer Kapazitätsausweitung, da in jedem Bürgerbüro eine Kasse sowie ein Servicepoint zu betreiben ist und es einer Leitungsposition bedarf (analog zu den bestehenden Bürgerbüros). Des Weiteren entsteht Stellenbedarf auf SB-Ebene.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Ohne die Mindestzuschaltung der oben genannten 60 VZÄ kann keine Öffnung weiterer Außenstellen erfolgen.

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 60

Bedarf in qm: 2.127 qm (variabler Wert - je nach Standort)
6.2 Begründung/Berechnung:

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II, Abt. 3 Ausländerbehörde	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Evaluation Stellenbedarf Asyl, SCIF, Aufenthaltsgenehmigung		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Vollzug des Aufenthaltsgesetzes

- Speziell im Bereich II/32, Aufenthaltsgenehmigungen: Prüfung und Erteilung von Aufenthaltstiteln.
- Speziell im Bereich II/325 SCIF: Erteilung von Aufenthaltstiteln im Bereich der Erwerbsmigration und des Familiennachzugs für die Zielgruppe der internationalen Fach- und Führungskräfte und deren Familienangehörigen.
- (nachrichtlich) speziell im Bereich II/33 Asyl: Ausländerrechtliche Betreuung von Personen, die auf Grund eines positiv verlaufenden Asylverfahrens im Bundesgebiet verbleiben sowie weitere, besondere Personengruppen (Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte, Personen mit Abschiebeschutz, jüdische Zuwanderer, Resettlement, Aufnahmen aus dem Ausland etc.).

Der für die Anmeldung zur Modellrechnung prognostizierte Mehrbedarf bezieht sich dabei überwiegend auf die Aufgabenerfüllung II/32, Aufenthaltsgenehmigungen, SCIF und Studentenangelegenheiten, QE 2. Im Bereich Asyl ist – über der Verlängerung befristeter Stellen, die nicht für die Modellrechnung angemeldet werden müssen, hinaus – derzeit kein Mehrbedarf begründbar.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:

Pflichtaufgabe §§ 18, 18 b, 18 c, 19, 19 a-21, 22 – 26, 27, 29, 30, 43 ff. AufenthG.

Zudem bürgernahe Aufgabe, da Aufgaben zu 100% aus der Kundenbetreuung entstehen; Personal dient der Bearbeitung der Anliegen innerhalb der gesetzlichen Fristen und der Qualität der Bearbeitung und Beratung.

Anmerkung Asyl: Es handelt sich um eine Daueraufgabe. Die Betreuung erstreckt sich in der weit überwiegenden Mehrheit der Fälle auf unabsehbare Zeit (bis zur Einbürgerung, Wegzug, Tod etc). Aufgrund der Abhängigkeit von der realen und politischen Situation hinsichtlich asylberechtigter Flüchtlinge erkennt die LHM einen zusätzlichen Stellenbedarf i. d. R. aber nur befristet an. Eine Verlängerung der Befristung ist bei gleichbleibender Lage oder bei Mehrbedarf durch erneute Stadtratsvorlage möglich.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	--	--

Erläuterung:

Mehraufwand durch gestiegenen Zuzug des Kernkundenkreises; hohe Anerkennungsquote des Bundesamts, aufwändigere Prüfung der Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 AufenthG; bereits jetzt andauernde Überlastung des vorhandenen Personals und z. T. unzumutbare

Wartezeiten, sowohl im Parteiverkehr als auch bei der Bearbeitung schriftlicher Anliegen. Qualitative Veränderung durch gesetzliche Änderungen, die den Prüfungsaufwand immens erhöhen. Neue Aufgaben z. B. durch Ausweitung der Betreuung von Integration. Im Rahmen der durchgeführten Stellenbemessung wurde die Bearbeitungszeit erhoben, die zur ordnungsgemäßen, rechtlich vorgegebenen Aufgabenerledigung notwendig ist. In der Zukunftsprognose ist mehr Zuzug nach Wegfall des § 12a AufenthG zum 05.09.2019 zu erwarten (erhöhte Fallzahlen können ggf. erst zu einem späteren Zeitpunkt angesetzt werden).

## 2. Finanzielle Auswirkungen

### 2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	300.600 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€

### 2.2 investiv

2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

## 3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	6		QE 2 VD (E9a) (insbes. II/321-II/3251, II/32522)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	ca. 123		QE 2 VD (E9a) (insbes. II/321-II/3251, II/32522)

## 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Analytische Stellenbemessung nach detaillierter Methodenklärung mit dem Personal- und Organisationsreferat

## **5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

### **5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:**

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen eine Stellenbemessung durchgeführt wurde und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.

### **5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:**

(weitere) Erhöhung der Wartezeiten im Parteiverkehr und in der Antragsbearbeitung, Verzögerungen in der Erteilung von Aufenthaltstiteln und dem damit einhergehenden Integrationsprozess, Bildung von Rückständen, (weiteres) Absenken des Service-Niveaus, Standortnachteil im Wettbewerb um die Zielgruppe der internationalen Fach- und Führungskräfte sowie deren Familienangehörigen, erwartete Zunahme von Beschwerden und Personalfluktuations.

## **6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

### **6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 6**

Bedarf in qm: 150 (6x25 qm)

### **6.2 Begründung/Berechnung:**

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19 benötigt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf Luftreinhaltung		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Umsetzen des Luftreinhalteplans, Ausgestalten möglicher Einfahrverbote für bestimmte Dieselfahrzeuge in bestimmten Stadtgebieten, Bearbeiten von Anfragen / Beschwerden von Bürger/-innen

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe ☒      freiwillige Aufgabe ☐      bürgernahe Aufgabe ☐

Daueraufgabe ☒      zeitlich begrenzte Aufgabe ☐

**Begründung:**

Laufende Urteile zur NOx Belastung / Dieseldthematik, Luftreinhalteplan

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe ☐      neue Aufgabe ☒      quantitative Aufgabenausweitung ☐

**Erläuterung:**

Neue, zusätzliche Aufgabenstellung zur Erfüllung des Luftreinhalteplans

**2. Finanzielle Auswirkungen**

Ausschreibungskosten: 25.000 €

**2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	5.677.000 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€

2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	25.000 €
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	Bis zu 110,0	100,0	QE 2, VD
		10,0	QE 3, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Analytische Stellenbemessung, Methodenklärung noch erforderlich

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)****5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:**

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.

**5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:**

Kein Vollzug von Einfahrverboten und Ausnahmegenehmigungen, Verstoß gegen Luftreinhalteplan

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf****6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 110**

Bedarf in qm: 2.750 (110 x 25 qm)

**6.2 Begründung/Berechnung:**

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde benötigt werden. Mit dem Neubau in der Westendstr./ Ecke Ludwigshafener Str. kann der Flächenbedarf gedeckt werden, jedoch ist die Fertigstellung des Gebäudes noch nicht terminiert.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement	Federführung: Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Grundsatzbeschluss Sharing - Angebote		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

- Bearbeiten von neuen Aufgaben durch neue Mobilitätsformen und -dienste aus dem Bereich Sharing Mobility
- Klären von grundsätzlichen Themen im diesem Zusammenhang

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:

Personenbeförderungsgesetz, Mietwagengesetz, Straßenverkehrsordnung, CarSharinggesetz  
Elektromobilitätsgesetz

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

Erläuterung:

Neue, zusätzliche Aufgabenstellung zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	166.000 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€



2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	2,0		QE 4, TD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

#### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten, Darstellen der Wirkungen, Effekte und angestrebten Ziele

#### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

##### 5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.

##### 5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Kein entsprechender Beitrag des Kreisverwaltungsreferates in den benannten Themen

#### 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

##### 6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 2

Bedarf in qm: 50 (2x25 qm)

##### 6.2 Begründung/Berechnung:

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implersstr. 7-9 benötigt werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implersstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Umsetzung der Maßnahmen aus Verkehrssicherheitskonzept		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Umsetzung des Verkehrssicherheitskonzeptes

- Auswerten von Daten, Koordination, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Bearbeiten von Themen der Schulwegsicherheit, Unfallkommission und präventive Verkehrssicherheit

**1.2 Aufgabenart**Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe ☐ bürgernahe Aufgabe ☐Daueraufgabe ☒ zeitlich begrenzte Aufgabe ☐

Begründung: StVO, neue EU-„Richtlinie über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur“, Rundschreiben des Bundesverkehrsministeriums ARS 26/2010

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**inhaltlich/ qualitative  
Veränderung der Aufgabe ☒ neue Aufgabe ☐ quantitative  
Aufgabenausweitung ☒Erläuterung:  
Umsetzen des Verkehrssicherheitskonzeptes, insbesondere qualitative Verbesserung bestehender Aufgaben, Fallzahlensteigerung im Bereich Unfallkommission und Schulwegsicherheit**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	748.500 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€

2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	5,0		QE 3, VD
	5,0		QE 4, TD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

#### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten, Darstellen der Wirkungen, Effekte und angestrebten Ziele

#### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

##### 5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereichen optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.

##### 5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Anzahl der getöteten (20 jährlich) und schwerverletzten Personen (700 pro Jahr) wird nicht reduziert  
Bearbeiten von allen Unfallhäufungsstellen nicht möglich

#### 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 10  
Bedarf in qm: 250 (10x25 qm)

##### 6.2 Begründung/Berechnung:

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implstr. 7-9 benötigt werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement, UAbt. 1 Strategische Konzepte und Grundsatzangelegenheiten	Federführung: Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Arbeitstitel geplanter Beschluss: EASYRIDE Projekt		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Mitarbeit im Förderprojekt des Bundes „EASYRIDE“

Automatisiertes Fahren und Vernetzung des Straßenverkehrs im städtischen Kontext

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Entwickeln vernetzter Verkehrsangebote mittels automatisierter und autonomer Fahrzeuge im städtischen Kontext

Weiterentwickeln der planerischen, baulichen, technischen sowie organisatorischen Infrastruktur sowie Überprüfen und ggf. Anpassen der rechtlichen Anforderungen an den Betrieb automatisierter und autonomer Fahrzeuge und deren Nutzung in einem neuen Mobilitätsmodell

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

**Erläuterung:**

Zunahme der Anforderungen an die Integration von automatisierten und autonomen Fahrzeugen und Flotten auf verschiedenen Testfeldern und urbanen Verkehrsbereichen

Etablieren neuer verwaltungsrechtlicher Instrumente und Prozesse für eine rechtssichere Genehmigungspraxis

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€

2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	215.800 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	2,0	2,0	QE 4, TD
	0,6	0,6	QE 4, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten, Darstellen der Wirkungen, Effekte und angestrebten Ziele

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Aus diesen Gründen ist eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig, da die Projektkosten (Fördermittel) nicht die Gesamtpersonalkosten (Verlustabdeckungsklausel) decken.
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Bundesverkehrsministerium als Fördermittelgeber im Projekt EASYRIDE

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 3 Bedarf in qm: 75 (3x25 qm)
6.2 Begründung/Berechnung:

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implersstr. 7-9 benötigt werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implersstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement, UAbt. 1 Strategische Konzepte und Grundsatzangelegenheiten	Federführung: Referat für Gesundheit und Umwelt
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Verlängerung des Integrierten Handlungsprogramm Klimaschutz in München 2019 – 2021 (IHKM)		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

- 1) Aktualisierung, Erneuerung und Digitalisierung der Münchner Schulwegpläne sowie  
2) LH Mobil Manager: Stadtweites Flottenmanagement LH Mobil Pedelecs

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

- 1) Verbesserung der Schulwegsicherheit für die Münchner Schülerinnen und Schüler sowie Reduktion der Umweltbelastungen (Stickoxide, Feinstaub, Lärm, CO<sub>2</sub>) durch Reduktion des Hol- und Bringverkehrs mit dem KFZ  
2) Verbesserung der dienstlichen Mobilitätsabläufe durch neue Mobilitätsform sowie Reduktion der Umweltbelastungen (Stickoxide, Feinstaub, Lärm, CO<sub>2</sub>) und Steigerung des Gesundheitszustandes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

**Erläuterung:**

Zusätzlicher Aufwand i. R. d. Umsetzung der Aufgaben

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€

2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	166.000 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	2,0	1,0	QE 4, TD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten, Darstellen der Wirkungen, Effekte und angestrebten Ziele

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)****5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:**

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Aus diesen Gründen ist eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig, sofern die oben genannten Aufgaben i. R. d. IHKM genehmigt werden.

**5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:**

Kein entsprechender Klimaschutz- und Umweltbeitrag des Kreisverwaltungsreferates in den benannten Themen  
Einsatz veralteter und unattraktiver Schulwegpläne mit in diesem Punkt nicht weiter verbesserten Niveau der Schulwegsicherheit  
Keine Dienstpedelecs für die gesamte Stadtverwaltung

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 2  
Bedarf in qm: 50 (2x25 qm)

6.2 Begründung/Berechnung:



Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implersstr. 7-9 benötigt werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implersstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: KVR, KR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): alle	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: KVR-Umbau Finanzierung Stufe II		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Das KVR ist stadtweit das Referat mit den höchsten Kundenkontakten. Das KVR-Stammhaus an der Ruppertstraße 19 ist den steigenden Anforderungen einer wachsenden Stadtgesellschaft jedoch nicht mehr gewachsen. Zur Schaffung einer Willkommensbehörde sind deswegen einige bauliche Maßnahmen notwendig, deren Finanzierung im Rahmen dieses Stadtratsbeschluss beantragt werden soll. Nach Umsetzung aller Maßnahmen wird das KVR gewiss eine Vorreiterrolle insbesondere in den Bereichen der Besucherleitung, Bürger- und Mitarbeiterfreundlichkeit, Flächeneffizienz und Barrierefreiheit haben.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Das Kreisverwaltungsreferat hat nahezu ausschließlich Pflicht-, Dauer- und bürgernahe Aufgaben zu erledigen. Es ist der Anspruch der Stadtspitze sowie des Referates, diesen Anforderungen vollumfänglich gerecht werden zu können. Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen nachhaltig die hierfür zwingend erforderlichen Rahmenbedingungen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen werden.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

**Erläuterung:**

Die im Raum stehenden Maßnahmen sind nicht nur mit einem hohen Planungsaufwand verbunden sondern führen im laufenden Betrieb auch zu einem dauerhaft höheren Bearbeitungs- und Betreuungsaufwand. Dieser ist mit der vorhandenen Personalkapazität nicht zu bewerkstelligen.

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€

2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	667.600,00 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.000.000,00 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	48.000.000,00 € davon <b>5 Mio. €</b> in <b>2019</b>

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	4		QE 2; Besucherinfo; dauerhaft
	3		QE 2; Technik; dauerhaft
	1		QE 3; Leitung dauerhaft
	1		QE 3; SB-Raum dauerhaft
	1	1	QE 2; Technik
	1	1	QE 3; SB-Raum
	1	1	QE 3; Information und Kommunikation
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	7	7	Diese VZÄ sollen im Rahmen der für Oktober 2018 vorgesehenen Beschlussvorlage entfristet werden. Diese 7 VZÄ sind nicht in den 12 VZÄ enthalten.

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Qualifizierte Schätzung

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

## 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

Die neu entstehenden Aufgaben können durch das vorhandene Personal kapazitätsmäßig, aber auch teilweise hinsichtlich der fachlichen Anforderungen nicht geleistet werden. Aus diesen Gründen kann nur durch Bereitstellung zusätzlicher VZÄ eine adäquate Aufgabenerfüllung gewährleistet werden.

Durch die neue Besuchersteuerung werden Aufgaben der Besucherinformation am Eingang erweitert. Hier ist es wichtig kein „Nadelöhr“, insbesondere für die Steuerung der Kundinnen und Kunden der Ausländerbehörde, zu schaffen.

Wegen der neuen Schließanlage, der neuen Besucherleitführung und dem neuen Besprechungszentrum ist für eine Aufgabenerledigung just in time und just in quality zusätzliches Personal notwendig.

### 5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Sollte eine Zuschaltung der angegebenen 12 VZÄ nicht erfolgen, kann der Betrieb, bspw. einer Besucherleitführung nicht gewährleistet werden. Diese hätte Auswirkungen auf die Bürgerfreundlichkeit und die internen Prozesse.

Weiterhin ist die Umsetzung der geplanten Maßnahmen im laufenden Betrieb ohne zusätzliches Personal nicht möglich.

## 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

### 6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

$$25 \text{ m}^2 \times 12 \text{ VZÄ} = 300 \text{ m}^2$$

### 6.2 Begründung/Berechnung:

Als Berechnungsgrundlage wurde gemäß städtischem Standard von 25 m<sup>2</sup> pro VZÄ ausgegangen. Somit ergibt sich ein Flächenbedarf von zusätzlich 300 m<sup>2</sup>.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement, UAbt. 1 Strategische Konzepte und Grundsatzangelegenheiten	Federführung: Referat für Arbeit und Wirtschaft
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf EU-Projekte URBACT und MOBILUS		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Mitarbeit in EU-Förderprojekten "URBACT" und „MOBILUS“  
 - München als „Best Practise Mobilitätsmanagement in Europa“  
 - Betreuen des „Exzellenz-Netzwerks Urbane Mobilität in Europa“

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Erwerben von Knowhow und Ressourcen für eine effizientere Abwicklung von Mobilität und Verkehr in München  
 Gewinnen einer zentralen strategischen Position für die dauerhafte Positionierung München s als Kompetenzzentrum Mobilität und Verkehr in Europa

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

**Erläuterung:**

Mitarbeit im EU-Projekt, Höhe der Drittmittelfinanzierung (EU-Förderquote) noch unbekannt

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€

2.1.2.1 Personalauszahlungen	166.000 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2,0	2,0	QE 4, TD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten, Darstellen der Wirkungen, Effekte und angestrebten Ziele

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)****5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:**

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Aus diesen Gründen ist eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig, da ggf. die Projektkosten (EU-Fördermittel) nicht die Gesamtpersonalkosten (Verlustabdeckungsklausel) decken.

**5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:**

Verzicht auf Knowhow und Ressourcen für eine strategische Positionierung Münchens als Kompetenzzentrum Mobilität in Europa

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf****6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 2**

Bedarf in qm: 50 (2x25 qm)

**6.2 Begründung/Berechnung:**

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implersstr. 7-9 benötigt werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implersstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.

<b>7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs</b>
7.1 Art: Fördermittel der EU
7.2 Höhe in %: Förderquote derzeit nicht bekannt

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement, UAbt. 2 Verkehrssteuerung	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Fortschreibung Verkehrsmanagementplan (VMP)		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Dauerhafte Analyse des städtischen Straßenverkehrs und Ableitung bzw. Entwicklung zukunftsorientierter Mobilitätskonzepte auf Grundlage künftiger Verkehrstechnologien sowie strategische Entwicklung des Verkehrs- und Mobilitätsmanagements im Rahmen VMP

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Im Hinblick auf Luftreinhaltung und politische Bemühungen, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu vermeiden, ist die Aufgabenerledigung dringend notwendig. Da die Stadt noch über viele Jahre wachsen wird und damit die Anstrengungen zur Erhaltung der Mobilität langfristig gesteigert werden müssen, ist die dauerhafte Einrichtung der Stellen erforderlich. Eine intensive Befassung mit den verkehrstechnischen Zukunftstechnologien wird ebenfalls eine Daueraufgabe sein.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

**Erläuterung:**

Für eine qualitative Aufgabenerledigung sind systematische bzw. umfassende, analytische und strategische Tätigkeiten im Bereich Verkehrssteuerung erforderlich um sich z. B. intensiv mit den verkehrstechnischen Zukunftstechnologien, wie z.B. „autonomes Fahren“, befassen zu können.

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€



2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	166.000 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	2,0		QE 4, TD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten, Darstellen der Wirkungen, Effekte und angestrebten Ziele

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)****5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:**

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Aus diesen Gründen ist eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig.

**5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:**

Keine strategische Ausrichtung einer Münchner umweltorientierten Verkehrssteuerung sowie kein Erarbeiten von großräumigen Strategien

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 2  
Bedarf in qm: 50 (2x25 qm)

**6.2 Begründung/Berechnung:**

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implierstr. 7-9 benötigt

werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement, UAbt. 3 Temporäre Verkehrsmaßnahmen, Service Bau, Film, Straßennutzung	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Neuordnung und Personalbedarf Baustellenkontrollen		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Kontrollieren von Arbeitsstellen / Baustellen im öffentlichen Straßenraum auch nachts und an den Wochenenden, Einleiten von Abhilfemaßnahmen bei Verkehrsgefährdungen und ggf. Einleiten von Bußgeldverfahren

**1.2 Aufgabenart**Pflichtaufgabe ☒freiwillige Aufgabe ☐bürgernehe Aufgabe ☐Daueraufgabe ☒zeitlich begrenzte Aufgabe ☐

Begründung: StVO, BayStrWG, Richtlinien zur Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA)

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**inhaltlich/ qualitative  
Veränderung der Aufgabe ☒neue Aufgabe ☐quantitative  
Aufgabenausweitung ☐

Erläuterung:

Einrichten eines Baustellenkontrolldienstes zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (Vermeiden von Sach- und Personenschäden)

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	501.000 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€

2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	10,0		QE 2, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Analytische Stellenbemessung

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
<p>5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.</p> <p>5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Gefährdungen in der Verkehrssicherheit, insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmer/-innen (Fuß- und Radverkehr)</p>

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
<p>6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 10 Bedarf in qm: 250 (10x25 qm)</p> <p>6.2 Begründung/Berechnung: Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implersstr. 7-9 benötigt werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implersstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.</p>

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement, UAbt. 3 Temporäre Verkehrsmaßnahmen, Service Bau, Film, Straßennutzung	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Evaluation Servicebüro Film		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Erteilen von Erlaubnissen für Dreharbeiten auf öffentlichem Verkehrsgrund  
Beraten der Antragsteller/-innen, Prüfen der Anträge, Prüfen der gewünschten Örtlichkeiten, Erstellen  
der Erlaubnisse, Kontrolle der Straßennutzung vor Ort

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: StVO, BayStrWG

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Erläuterung:  
Zeitnahes Bearbeiten der Anträge der Filmwirtschaft, Beraten der Antragsteller/-innen, Stärken des  
Filmortes München  
Beschluss der VV vom 04.03.2015, Sitzungsvorlagen-Nr. 14-20 / V 02433

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	66.700 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€

2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	1,0		QE 3, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Analytische Stellenbemessung

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
<p>5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Vor der Bemessung zur Evaluierung des Servicebüro Film fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird. Die mit Beschluss vom 04.03.2015 bewilligten Stellenkapazitäten werden zudem entfristet.</p> <p>5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Verlängerte Bearbeitungszeiten führen zu Mehrkosten bei der Filmwirtschaft durch Produktionsverzögerungen, Schwächen und Unattraktivität des Filmortes München für Filmwirtschaft</p>

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
<p>6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 1 Bedarf in qm: 25</p> <p>6.2 Begründung/Berechnung: Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implerstr. 7-9 benötigt werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implerstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.</p>

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 1 Verkehrsmanagement, UAbt. Dauerhafte Verkehrsregelungen, Verkehrssicherheit, Sonderverkehre	Federführung: Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Sonderverkehre		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

- Ausbau des ÖPNV (Busliniennetz, Haltestellen, Busspuren)
- Bearbeiten von Anträgen in diesem Zusammenhang (z. B. Anfragen von mobilitätseingeschränkten Personen, zu Behindertenparkplätze und Grenzmarkierungen)
- Klären von grundsätzlichen Themen im diesem Zusammenhang

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:  
StVO**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Erläuterung:  
Fallzahlensteigerung bei der Antrags-/ Anfragenbearbeitung im Zusammenhang mit dem Ausbau des ÖPNV**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	133.400 €

2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	2,0	2,0	QE 3, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Analytische Stellenbemessung, Methodenklärung noch erforderlich

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
<p>5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.</p> <p>5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Längere Bearbeitungszeiten, Teilnahme an Besprechungen und Terminen nicht vollumfänglich möglich (z. B. mit MVG)</p>

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
<p>6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 2 Bedarf in qm: 50 (2x25 qm)</p> <p>6.2 Begründung/Berechnung: Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Implersstr. 7-9 benötigt werden. Ggf. kann mit der Anmietung der Implersstr. 11 in 2020 der Flächenbedarf gedeckt werden.</p>



**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) KVR-III/3 (Bereich): Verkehrsüberwachung	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: „Handyparken II – Bericht Konzeptionsprojekt und Realisierung Erfassungssapp Verkehrsüberwachung“		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

kommunale Verkehrsüberwachung; ruhenden Verkehr überwachen; Verkehrsverstöße ahnden

**1.2 Aufgabenart**Pflichtaufgabe ☒freiwillige Aufgabe ☐bürgernahe Aufgabe ☐Daueraufgabe ☒zeitlich begrenzte Aufgabe ☐

Begründung: gesetzliche Aufgabe; Vollzug der Straßenverkehrsordnung (StVO)

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**inhaltlich/ qualitative  
Veränderung der Aufgabe ☒neue Aufgabe ☐quantitative  
Aufgabenausweitung ☐

Erläuterung:

Ablösung veralteter Technik (mobile Datenerfassungsgeräte), Kontrolle von „Online-Parkscheinen“ (Einführung HandyParken)

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2019: 1.175.000 € 2020: 156.000 € 2021: 160.000 € 2022: 165.000 € 2023: 127.000 €

2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III Straßenverkehr, Abt. 3 Verkehrsüberwachung	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Parkraummanagement		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Überwachen der 13 neuen Parklizenzen

**1.2 Aufgabenart**Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe ☐ bürgernahe Aufgabe ☐Daueraufgabe ☒ zeitlich begrenzte Aufgabe ☐

Begründung: StVO

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**inhaltlich/ qualitative  
Veränderung der Aufgabe ☐ neue Aufgabe ☐ quantitative  
Aufgabenausweitung ☒

Erläuterung:

Ausweiten der zu überwachenden Parklizenzen von 62 auf nunmehr 75 nach Beschluss der VV vom 06.12.17

**2. Finanzielle Auswirkungen**

Ausschreibungskosten: 15.000 €

**2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	2.314.400 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€

2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.000 €
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	42,0		QE 1, KV
	4,0		QE 2, KV
	8,5	1,0	QE 2, VD
	0,5		QE 3, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Analytische Stellenbemessung, Methodenklärung noch erforderlich

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
<p>5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.</p> <p>5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: nachhaltige Reduzierung der Kontrollichte in allen Bewohnerparkgebieten, nachhaltiger Rückgang von Einnahmen (insbesondere Erlöse aus Parkscheinautomaten, Verwarngelder)</p>

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
<p>6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 55 Bedarf in qm: 1.375 (55x25 qm)</p> <p>6.2 Begründung/Berechnung: Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen benötigt werden. Der Flächenbedarf für die zusätzlich benötigten VZÄ im Innendienst kann ggf. mit der Anmietung der Implersstr. 11 in 2020 gedeckt werden, jedoch kann der zusätzliche Personalbedarf für den Außendienst in der Reisinger Str. 10 nicht mehr untergebracht werden.</p>

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA IV	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarfe zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Branddirektion im Jahre 2019		
<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b> Sichern der Einsatzbereitschaft für Brand- und Technische Hilfeleistung; Betrieb der Integrierten Leitstelle;		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: Art. 1 Bay. FWG; Öffentlich rechtlicher Vertrag mit dem Rettungszweckverband		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
<p>Erläuterung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kompensation der Ausbildungsqualifizierung im feuerwehrtechnischen Dienst zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwachen;</li> <li>- Aufgrund arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften (Schwarz/weiß-Bereich) ergibt sich trotz neuer Schutzkleidung ein höheren Aufwand bei Logistik und Pflege.</li> <li>- Zur Sicherung des Betriebs der kritischen Infrastruktur Feuerwachen auch in Notfällen (z.B. Ausfall von Notstromversorgung siehe auch Revisionsbericht vom 08.02.2018) sind hier in kürzeren Abständen die Anlagen zu überprüfen und eine Notfallplanungen aufzustellen</li> <li>.- Zeitliche Verschiebung des Notrufaufkommens;</li> <li>- Kompensation der Ausbildung der Disponenten; Betrieb des Bayern einheitlichen Einsatzleitsystems ELDIS III;</li> <li>- Nichteinhalten von Zeitvorgaben im Baugenehmigungsverfahren;- Nichteinhalten von baurechtlichen Vorgaben zum Blitzschutz in städtischen Gebäuden.</li> <li>- Nichteinhalten der gesetzlich wie auch durch Anweisung des Oberbürgermeisters gesetzten Fristen im Bezug auf die Feuerbeschauen.</li> <li>- Steigende Einstellungszahlen auf Dauer verursachen Bedarf im Bereich Dienststellenbetreuung Personal;</li> <li>- Die technische Betreuung des neuen Einsatzleitsystems EDIS 3, das bayernweit für alle Integrierten Leitstellen eingeführt ist, erfordert einen erhöhten Unterhaltsaufwand.</li> </ul>		
<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>		
<b>2.1 konsumtiv</b>		
2.1.1 Einzahlungen		€

2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	3.320.200 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	30		2; FW
	5		2; VD
	8		3; FW
	3		3; VD
	8		3; IT
	2		3; IT/FW
	2		4; IT
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	161,54		2; FW
	90		3; QE
	5		4; FW

#### **4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Wissenschaftlich anerkanntes Verfahren der Fa. FORPLAN – Dr Schmiedel Abweichungen aufgrund von höheren Krankheitsausfällen und Sonderurlauben wie Elternzeit.

Arbeitsaufschreibungen und qualifizierte Schätzungen in Bereichen mit quantitativer und qualitativer Arbeitsausweitungen. Es wurden Tätigkeitslisten erstellt und anhand von Aufschreibungen und Schätzungen über Schätzworkshops die Arbeitsmenge der Sachbearbeitung erhoben. Hier wurden noch die Rüst- und Vorteilzeiten eingerechnet. Die Arbeitsmenge in Minuten wird durch die Normalarbeitskraft geteilt.

Es sind 10 Stellen enthalten mit konzeptionellen Tätigkeiten bzw. Leitungsfunktionen.

#### **5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Die ILS arbeitet über Vorhaltestunden über eine Tagesganglinie. Wenn weniger Personal eingesetzt wird erhöhen sich die Zeiten der Entgegennahme der Notrufe auf über 10 Sekunden pro Notruf. Andere Leitstellen wie z. B. in Hamburg nehmen Notrufe unter 10 Sekunden an.

Ein Ausfall der Einsatzleittechnik erschwert die Abarbeitung von Notrufen so stark, dass die Einheiten nur mit erheblichen Verzögerungen ausrücken können.

Der Arbeitsschutz ist in den dargestellten Bereichen nicht mehr gewährleistet.

Wenn die notwendigen Stellenbesetzungsverfahren nicht zeitnahe durchgeführt werden können ist die Einsatzbereitschaft der Feuerwachen gefährdet.

#### **6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 19.

Bedarf in qm: 209 qm (à 11 qm) ; bei Anmietungen 475 qm (à 25 qm)

6.2 Begründung/Berechnung:

Für 23 Arbeitsplätze können über Verdichtungen im Bestand der Arbeitsplatz gesichert werden. Für 16 Dienstkräfte ist kein eigener Arbeitsplatz notwendig, da die Dienstkräfte im Schichtbetrieb bzw. im Werkstattbetrieb eingesetzt sind. Für die 19 Arbeitsplätze ist keine weitere Verdichtung im Bestand möglich.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): IV, Branddirektion	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die Freiwillige Feuerwehr		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Besondere Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr erhalten für ihr zusätzliches ehrenamtliches Engagement eine Aufwandsentschädigung nach dem Bayerischen Feuerwehrgesetz. Die Freiwillige Feuerwehr will zum einen die Funktionsstrukturen an aktuelle Bedarfe anpassen. Zum anderen soll eine aufwandsgerechte Entschädigungshöhe erreicht werden, die den gewachsenen fachlichen und zeitlichen Anforderungen an die Funktionsträger gerecht wird.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Der finanzielle Unterhalt der Feuerwehr ist eine Pflichtaufgabe nach Art. 1 Abs. 1 und 2 BayFWG. Hierzu gehört auch die Leistung einer angemessenen Aufwandsentschädigung (Art. 11 Abs. 1 BayFWG).

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

**Erläuterung:**

Die Neustrukturierung der Funktionen ist erforderlich um die Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr in der ständig wachsenden Millionenstadt München aufrecht zu erhalten. Die Aufwandsentschädigungen sind zu erhöhen, um den zunehmenden fachlichen Anforderungen und dem steigenden Zeitaufwand, der mit der Wahrnehmung besonderer Funktionen verbunden ist, um die gesetzliche Forderung einer angemessenen Entschädigung gerecht zu werden.

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€



2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	165.000 €
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Ergänzungen ZD2/ FF

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

6.2 Begründung/Berechnung:

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: KVR-IV-BD	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): Branddirektion München	Federführung: KVR-IV-BD
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Ertüchtigung Zweitweg Alarmübertragungseinrichtung (AÜE)		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Aufgrund der Abkündigung eines notwendigen Dienstes durch die Telekom Deutschland müssen sämtliche Alarmübertragungseinrichtungen (AÜE) der Brandmeldeanlagen (BMA) in München hardwareseitig getauscht bzw. aufgerüstet werden.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Der Empfang der Alarm- und Störmeldungen der BMA und die Verarbeitung in der Integrierten Leitstelle München ist Pflichtaufgabe laut ILSG und muss sichergestellt werden.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

**Erläuterung:**

Die AÜE kommuniziert aus Sicherheitsgründen über zwei Wege, einmal über eine Festnetz-Telefonverbindung und einmal über eine Mobilfunkverbindung. Das notwendige Protokoll der Kommunikation basiert derzeit auf einem veralteten Netz, das die Netzbetreiber, früher als bisher kommuniziert, zum 31.12.2019 abschalten und die BD als Betreiber damit zwingen, auf eine andere Technologie umzustellen. Die Information über die Beendigung des Dienstes erfolgte am 06.02.2018.

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€

2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	700.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	2.000.000 €

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

6.2 Begründung/Berechnung:

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich):	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Mehrbedarf aufgrund der Umsetzung der DSGVO im Kreisverwaltungsreferat		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Datenschutz im Kreisverwaltungsreferat als Dienstleistungsreferat für die Bürgerinnen und Bürger der LH München sowie als Sicherheits- und Ordnungsbehörde. Aufgrund der Masse an personenbezogenen Daten, die aus den vorgenannten Eigenschaften des Kreisverwaltungsreferates resultieren, ergeben sich vor allem folgende nicht abschließende, stichpunktartige Beschreibungen:

- Information bei der Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person zum Zeitpunkt der Erhebung (direkter Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern)
- Information bei der Erhebung von personenbezogenen Daten, wenn die Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden
- Erfüllung der Auskunftsrechte der betroffenen Person
- Informationspflichten bei der Berichtigung und Löschung von personenbezogenen Daten (damit verbundene Prüfung ob der Fall der Berichtigung und Löschung gegeben ist)
- Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit der Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung (Sperrvermerke)
- Änderung der Geschäftsprozesse und vermehrte Anforderungen an die IT, die Vorgaben der DSGVO wahren
- erheblich erhöhte Dokumentation und Rechenschaftspflicht im Umgang mit personenbezogenen Daten

Die gemeldeten VZÄ basieren hauptsächlich auf einer Schätzung und Bewertung sowie Analyse von Erfahrungswerten.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: Es handelt sich bei allen Aufgaben um Pflichtaufgaben, die das Kreisverwaltungsreferat zur Erfüllung der datenschutzrechtlichen, gesetzlichen Anforderungen aus der EU-DSGVO, dem BDSG und BayDSG durchführen muss.

Diese Aufgaben sind dauerhaft.

Die Aufgaben dienen dem Schutz von personenbezogener Daten der Betroffenen, also der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten der LHM. Die Aufgaben werden überwiegend im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern erbracht, insbesondere bei der Erfüllung von Betroffenenrechten und Informations- und Auskunftspflichten.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	--	--

Erläuterung:

Durch die Novellierung der datenschutzrechtlichen Gesetzgebung auf europäischer, nationaler und bayerischer Ebene (EU-DSGVO, BDSG-neu, BayDSG) kommen neue und erheblich ausgeweitete Aufgaben auf das Kreisverwaltungsreferat zu.

Inhaltlich/ qualitative/ quantitative Veränderung:

- erheblich erhöhte Dokumentation und Rechenschaftspflicht

Neue Aufgaben (keine abschließende Aufzählung, sondern die wesentlichen Aufgaben):

- umfassende Informations- und Mitteilungserfordernisse an betroffene Personen, deren personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet werden
- umfassende Mitteilungserfordernisse im Zusammenhang mit der Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung (Sperrvermerke)
- umfassende Auskunftspflichten an betroffene Personen
- umfassende Auskunftspflichten im Innenverhältnis an den zuständigen Datenschutzbeauftragten

## 2. Finanzielle Auswirkungen

### 2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	1.119.336 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€

### 2.2 investiv

2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
KVR-GL/In	0,2		3. QE/ VD
KVR-GL/33	1,0		3. QE / VD
KVR-GL/35	0,1		3. QE / VD
KVR-I/L- ZD	1,0		3. QE / VD
KVR-I/13	1,0		2. QE / VD
KVR-I/2	1,22		1,1 VZÄ 3. QE/ VD; 0,12 VZÄ 2. QE/ VD
KVR-I/311- ZA	1,0		3. QE / VD
KVR-I/4	1,0		2. QE / VD
KVR-I/5	1,0		2. QE / VD
KVR-II/1	0,21		0,11 VZÄ 2. QE / VD 0,1 VZÄ 3. QE / VD
KVR-II/2	3,89		2. QE /VD
KVR-II/3	2,36		1,36 VZÄ 2. QE / VD 0,5 VZÄ 3. QE / VD 0,5 VZÄ 4. QE / VD
KVR-III/2	4,38		0,5 VZÄ 3. QE / VD 3,88 VZÄ 2. QE / VD
KVR-III/3	0,5		2. QE / VD
KVR-IV-BD GS4	1,0		3. QE / VD
<b>Summe</b>	<b>19,86</b>		<b>12,86 VZÄ 2. QE / VD 6,5 VZÄ 3. QE / VD 0,5 VZÄ 4. QE / VD</b>
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

#### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
Schätzung, teilweise Arbeitsaufzeichnung, Fallzahlen und geschätzte Bearbeitungszeiten

#### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

##### 5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Eine Alternative zur Kapazitätserweiterung erscheint nicht möglich, sofern die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden sollen. Bereits jetzt werden schon bestehende Aufgaben teilweise nicht erfüllt. Dies kann jedoch kein Dauerzustand sein.

Eine Priorisierung innerhalb der Aufgaben, die alle einen gesetzlichen Hintergrund haben ist kaum möglich. Es kann davon ausgegangen werden, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Durch die gesetzliche Verpflichtung und damit verbundenen Pflichten aus der Novellierung

## **5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

der datenschutzrechtlichen Gesetzgebung ist eine Überlast im Kreisverwaltungsreferat vorhanden, die eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig macht.

### **5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:**

Eine Umsetzung der DSGVO im Kreisverwaltungsreferat und die dauerhafte Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen würde nicht erfolgen. Die Aufsichtsbehörde, in diesem Fall der Landesbeauftragte für den Datenschutz in Bayern könnte im schlimmsten Fall Verarbeitungstätigkeiten untersagen. Des weiteren besteht die Möglichkeit von Klagen und Schadensersatzforderungen.

Folgende wesentliche Auswirkungen würden sich ergeben:

- die gesetzlichen Meldefristen bei der Verletzung von Daten (sog. Datenschutzpannen) von 72 Stunden können nicht eingehalten werden.
- Die Erfüllung von Betroffenenrechten kann nicht innerhalb eines Monats erfolgen
- Die Erfüllung der Informationspflichten bei der Erhebung personenbezogener Daten kann nicht erfolgen
- Die Erfüllung der Mitteilungspflichten bei Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten kann nicht erfolgen

## **6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

### **6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 21**

Bedarf in qm: 525 (14x25 qm)

### **6.2 Begründung/Berechnung:**

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19 benötigt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA IV	Federführung: IT-1
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Dienstplansystem Branddirektion München - Finale Beschlussstufe		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Personal-Einsatzplanung für alle Abteilungen der Branddirektion unter Berücksichtigung der jeweiligen unterschiedlichen Dienst- und Arbeitszeitmodelle und Aufgaben und der Brandsicherheitswache (BSW). Ein entscheidender Teil der geplanten IT-Lösung ist die inhaltlich optimierte und vollautomatisierte Schnittstelle zum zentralen Personalverwaltungssystem HCM paul@.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Erläuterung:

Auslöser für dieses Vorhaben bei der Branddirektion (BD) ist die derzeitige Nutzung unterschiedlicher, nicht miteinander korrespondierender IT-Lösungen im Umfeld der Personal-Einsatzplanung. Die bestehenden Lösungen genügen den heutigen fachlichen Anforderungen an hohe Flexibilität, Rechtssicherheit, ressourcenschonende Personal-Einsatzplanung und zukunftsfähige Arbeitszeitmodelle nicht mehr, sind technisch veraltet und ausfallgefährdet.

**2. Finanzielle Auswirkungen (auf 10 Jahre gerechnet)****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€



2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	18.876.446 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1	1 (von 2021-2027)	A11/ fw-techD
	1	1 (von 2021-2027)	A9/A10/ fw-techD
		1 (von 2021-2027)	A9/A10 / E10/ VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

Alternativen:

- Beibehaltung des seit 20 Jahren in Anwendung stehenden Programms
- Erweiterung des bestehenden (veralteten) Programms
- Rückkehr zur analogen Dienstplanführung

Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Alle drei Alternativen haben gemeinsam, dass ein wirtschaftlicher und Revisions- sicherer Schichtbetrieb nicht sichergestellt werden kann. Zudem würden alle drei Alternativen auf Dauer noch mehr personelle Kapazitäten erfordern, als die vom KVR favorisierte Neuausrichtung.

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

6.2 Begründung/Berechnung:

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): IV	Federführung: VO III
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Ersatzbeschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:****1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
--	--	---

Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>
---------------------------------------	---

Begründung:

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	---

Erläuterung:

**Ersatzbeschaffungen:**

Die Ausschreibung soll 2018 erfolgen, die Lieferung und Kassenwirksamkeit 2019. Im MIP sind die Fahrzeuge bereits angemeldet. Dennoch soll die Finanzierung evtl. durch den Stadtrat abgesichert werden

3 Atemschutzwagen (à 400.000 €)

9 Einsatzleiterwagen (à 150.000 €)

3 Sonderlöschmittelfahrzeuge (à 500.000 €)

**Neubeschaffungen für die Freiwillige Feuerwehr München (ab 2020)**

2 Funkdienstwagen (à 50.000 €)

5 Mehrzweckfahrzeuge (à 50.000 €)

Jährlicher Unterhalt für 7 zusätzliche Kfz (à 2.000 €)

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€

2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	4.400.000 €

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/4, II/1, II/2, II/3, III/2	Federführung: Projekt Telefonische Erreichbarkeit / KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit; Evaluierung des Stellenbedarfes der Servicetelefone		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Sicherstellen des Bürgerservices in der telefonischen Erreichbarkeit

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

In den besonders von Bürgerkontakten und Publikumsverkehr geprägten Abteilungen des Kreisverwaltungsreferates (Bürgerbüro, Ausländerbehörde, Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde, Gewerbebehörde, Standesamt) sind Servicetelefone eingerichtet. Insgesamt werden hier monatlich zwischen 50.000 und 60.000 Anrufe abgewickelt. Die Aufgabenerfüllung dient der Umsetzung gesetzlicher Pflichtaufgaben der zuständigen Fachdienststellen und dabei insbesondere dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich erforderlicher Auskünfte und Beratungen. Um das vorgegebene Stadtratsziel zu erfüllen, eine 80%-ige telefonische Erreichbarkeit zu gewährleisten, ist regelmäßig der Stellenbedarf auf der Basis der Anrufrufen zu überprüfen.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

**Erläuterung:**

Aus den Statistiken der Anrufrufen 2017 ist gegenüber der im Jahr 2013 durchgeführten Stellenbemessung eine weitere Steigerung des Anrufrufkommens bei den Servicetelefonen des Kreisverwaltungsreferates ersichtlich. Die Stellenbemessung wird derzeit mit aktuellen Daten evaluiert.

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€

2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	200.400 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	4		2. QE VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	44 inkl. Führ.kr., z. T. kombiniert mit anderen Aufgaben (Check-In)		2. QE VD

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Anwendung der mit dem POR im Rahmen eines Projektes 2013/2014 abgestimmten Bemessungsmethodik, Evaluation mit aktuellen Werten des Jahres 2017.

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)****5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:**

Keine Alternativen zur Kapazitätsausweitung, da eingehende Anrufe nicht gesteuert oder zurückgestellt werden können. Um die telefonische Erreichbarkeit für Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen, ist ein ausreichender Personaleinsatz die einzige Möglichkeit. Auch die Qualität der Aufgabenerfüllung (80% Erreichbarkeit mit Servicefaktor 20 Sekunden) ist durch ein Stadtratsziel definiert.

**5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:**

Verschlechterung der telefonischen Erreichbarkeit

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf****6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:**

Bedarf in qm: 100 (4x 25 qm)

**6.2 Begründung/Berechnung:**

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19 benötigt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): Geschäftsleitung GL/1	Federführung: P 5.21
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Betriebliches Gesundheitsmanagement und Great Place To Work		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Umsetzen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in den Referaten und Eigenbetrieben

- Zusammenführen der Tätigkeiten des GPTW-Prozesses und Integrieren der Maßnahmen in den BGM-Prozess, Fortführen gestarteter Prozesse
- Evaluieren von Maßnahmen, die im GPTW-Prozess entstanden sind
- Implementieren und Weiterentwickeln des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in den Referaten und Eigenbetrieben auf Grundlage der Dienstvereinbarung der Landeshauptstadt München zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement
- Koordinieren des Betrieblichen Gesundheitsmanagements auf Referats- bzw. Eigenbetriebsebene und/oder bei einzelnen Dienststellen
- Einsetzen und Anwenden von stadtweit einheitlichen Analysetools zur Beurteilung der Arbeitsbedingungen
- Erkennen und Ableiten von Handlungsbedarfen, Identifizieren von Schwachstellen, Ableiten von Maßnahmen
- Wahrnehmen von Aufgaben im gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz
  - Umsetzen des Arbeitsschutzgesetzes, insbesondere der Gefährdungsbeurteilung inkl. der psychischen Belastungsfaktoren, Delegation von Verantwortlichkeiten, Unterweisungen
  - Unterstützen der Führungskräfte bei der Durchführung der Psychischen Gefährdungsbeurteilung, z. B. im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Checkliste "Stress"
  - Unterstützung bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen, die sich beispielsweise bei der Durchführung der Psychischen Gefährdungsbeurteilung ergeben
  - Dokumentieren und Evaluieren verschiedener Maßnahmen

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:

Zum Aufgabenumgriff der neu zu schaffenden bzw. zu entfristenden Kapazitäten gehört auch das Wahrnehmen von Aufgaben im gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	--

**Erläuterung:**

Das Beurteilen von psychischen Belastungen am Arbeitsplatz ist seit 2013 im Arbeitsschutzgesetz verankert. Die Referate und Eigenbetriebe haben für diese Aufgabe bisher noch keine Kapazitäten bekommen.

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	33.350 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0,5 VzÄ KVR		3. QE A 12 EGr. 11
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR



### 3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

--	--	--	--

### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Die genannten Kapazitäten wurden im Rahmen von GPTW für die Referate und Eigenbetriebe genehmigt. Da GPTW und BGM dieselbe Zielrichtung verfolgen, sollen die Stellen entfristet werden und die Aufgaben im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements wahrgenommen werden.

### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Die gesetzlichen Pflichtaufgaben aus dem Arbeitsschutzgesetz können nicht erfüllt werden.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

### 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 1

Bedarf in qm: 25

6.2 Begründung/Berechnung:

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19 benötigt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): Kreisverwaltungsreferat gesamt	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Stellenbedarfe des Kreisverwaltungsreferates, zurückgestellter Bedarf aufgrund der „Höchstgrenze“ zum Haushalt 2018		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:****1.2 Aufgabenart**Pflichtaufgabe ☒freiwillige Aufgabe ☐bürgernahe Aufgabe ☒Daueraufgabe ☒zeitlich begrenzte Aufgabe ☐

Begründung: Das Kreisverwaltungsreferat hat in sehr hohem Maße politische Aufträge und gesetzliche Aufgabenstellungen umzusetzen. Nach mehreren Haushaltssicherungskonzepten in der Vergangenheit, in denen jeweils die Reduzierung von freiwilligen Aufgaben überprüft wurde, werden nahezu ausschließlich gesetzliche Pflichtaufgaben erfüllt. Im Rahmen des Stadtratsauftrags von Dezember 2017, zur Einhaltung der sog. „Höchstgrenze“ in einem erheblichen Umfang Stellen zu reduzieren oder auf die Umsetzung nachgewiesener Stellenbedarfe im Jahr zu verzichten, mussten daher Reduzierungen benannt werden, die zur Erfüllung von Pflichtaufgaben erforderlich wären. Zu einem großen Teil erfolgte die Benennung unter der Prämisse, dass die Positionen – nach einer entsprechenden Stadtratsvorlage - im Haushaltsjahr 2019 wieder eingerichtet werden können.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**inhaltlich/ qualitative  
Veränderung der Aufgabe ☒neue Aufgabe ☒quantitative  
Aufgabenausweitung ☒

Erläuterung: Es handelt sich um einen späteren Abruf (2019) von bereits im Jahr 2018 festgestellten und vom Stadtrat beschlossenen Stellenmehrbedarfen sowie um die Wiedergewinnung von Stellen des Stellenplans, die zur Kompensation benötigter zusätzlicher Stellen angeboten werden mussten. Den unterschiedlichen Beschlüssen des KVR im Jahr 2017 lagen sowohl inhaltliche / qualitative Veränderungen der Aufgaben (z. B. Fundbüro, Veranstaltungs- und Versammlungsbüro), neue Aufgaben (z. B. Kommunalen Außendienst, Prostituiertenschutz) und quantitative Aufgabenausweitungen (z. B. Bürgerbüro, Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde, Geschwindigkeitsüberwachung) zugrunde.

**2. Finanzielle Auswirkungen**

Ausschreibungskosten: 20.000 €

**2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€

2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	4.205.720 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	20.000 €
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

### 3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3,5 bis 4,5		QE 3, VD
	37,5 bis 49,5		QE 2, VD
	21		QE 2, FW
	0,6		QE 3, SO (Dolmetscher)
	5		QE 3, IT (3x IT-Referat, 2x KVR Branddirektion)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	nicht bezifferbar (unterschiedliche KVR-Bereiche)		

### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Der Bedarf der zur Stellenreduzierung im Rahmen der „Höchstgrenze“ angebotenen Stellen war anerkannt. Es handelte sich entweder um unbefristete Stellen aus dem genehmigten Stellenplan des KVR oder um neu durch den Stadtrat beschlossene Stellen. Entsprechend neuer Vorgaben werden seit 2017 nur mehr Stellenbedarfe des KVR in den Stadtrat eingebracht, die nach methodischer Klärung erhoben bzw. bemessen und vom Personal- und Organisationsreferat im Rahmen der Beschlusseinbindung abgenommen wurden. In vielen Fällen wurden umfangreiche analytische Bemessungsverfahren durchgeführt.

### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Vor den Bemessungen und Zuschaltungen fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich

### **5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden.

Nach derzeitigen Erkenntnissen werden 10 VZÄ aus Stellenreduzierungen 2018 nicht geltend gemacht, also dauerhaft reduziert.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Können die genannten Kapazitäten im Jahr 2019 nicht abgerufen bzw. wieder eingerichtet werden, würden Aufgabenstellungen des Kreisverwaltungsreferates in verschiedenen Bereichen Sicherheit und Ordnung, Bürgerservice sowie Brand- und Katastrophenschutz spürbar gefährdet werden.

### **6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 81

Bedarf in qm: 2.025 (81x25 qm)

6.2 Begründung/Berechnung:

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19 benötigt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): Geschäftsleitung	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Schaffung einer Stelle IT-Notfallmanager/-in im Kreisverwaltungsreferat		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Aufgabe des IT-Notfallmanagement ist es, Risiken für die Funktionsfähigkeit der Dienststellen zu analysieren und geeignete Präventionsmaßnahmen zu treffen, die die Widerstandsfähigkeit und Ausfallsicherheit der Geschäftsprozesse erhöhen und ein schnelles und zielgerichtetes Reagieren im IT-Notfall ermöglichen. Im Rahmen eines „Business Continuity Managements“ (BCM) ist vorgesehen, proaktiv zu agieren und Maßnahmen zu ergreifen, die das Eintreten der Störungen in den Geschäftsprozessen vermeiden bzw. die Auswirkung der Störungen möglichst gering halten oder vorsorglich abschwächen.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: Ziffer 2 der städtischen IT-Sicherheitsrichtlinie IT-Notfallmanagement; für ein IT-Notfallmanagement sind ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Erläuterung: Das Revisionsamt kam im Rahmen einer Überprüfung zu dem Ergebnis, dass es bisher im Kreisverwaltungsreferat kein etabliertes IT-Notfallmanagement gibt. Hierfür sind keine Ressourcen vorhanden. Gemäß Empfehlung des Revisionsamtes und der Stellungnahme des KVR zum Prüfbericht wird das KVR ein IT-Notfallmanagement etablieren (vgl. RPA, Sitzung 09.05.2017, Az: 9633.02\_PG6\_006\_15).

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€

2.1.2.1 Personalauszahlungen	83.000 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	1		QE 4, IT / sonst. Dienst
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Einzelfallunabhängiger Arbeitsaufwand einer neu einzurichtenden Funktion; strategisch-konzeptionelle Aufgaben

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Im Rahmen der Aufgabenkritik und der Überprüfung durch das Revisionsamt wurde festgestellt, dass das IT-Notfallmanagement bei weitem nicht im erforderlichen Umfang geleistet wird. Zur Etablierung ist die (erstmalige) Einrichtung einer Stelle zur adäquaten Ausübung der Funktion erforderlich.
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Ohne Stelleneinrichtung ist der Aufbau eines leistungsfähigen Notfall- und Krisenmanagements nicht möglich. Bei betriebskritischen Ausfällen werden wichtige Pflichtaufgaben und Dienstleistungen des Kreisverwaltungsreferates i. S. Bürgerservice und Sicherheit und Ordnung in kritischen Situationen permanent oder temporär unterbrochen.

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 1 Bedarf in qm: 25
6.2 Begründung/Berechnung: Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19

6. Schaffung einer Stelle IT-Notfallmanager/-in im Kreisverwaltungsreferat

benötigt werden.

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): KVR-I/L-ZD	Federführung: Kreisverwaltungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: qualitative Weiterentwicklung des Sicherheitsberichtes der Landeshauptstadt München mit proaktiver Sicherheitsplanung (Nr. 14-20/V06225 und 14-20 / V 08034)		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Das Kreisverwaltungsreferat ist beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachreferaten und auf Grund des vorgeschlagenen Grobkonzeptes (Nr. 14-20/V06225) eine Umstrukturierung anzugehen. Die Vergabe zur Erstellung eines Feinkonzeptes und zur Umsetzung des Auftrags zur Umstrukturierung des Sicherheitsberichtes mit proaktiver Sicherheitsplanung soll an eine/n externe/n Auftragnehmer/in erfolgen (14-20 / V 08034). Dafür soll dem Stadtrat ein entsprechender Finanzierungs- und Vergabebeschluss (einschließlich Vergabeermächtigung) vorgelegt werden. Für die Vergabe an einen Externen, der die erforderliche Methodenkompetenz zu kommunalem Risikomanagement bereits in das Konzept einbringt und über entsprechende Erfahrungen verfügt, werden finanzielle Mittel (geschätzt) in unten angesetzter Höhe benötigt.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: Der Sicherheitsbericht soll ab Umsetzung voraussichtlich im Drei-Jahresrhythmus erstellt werden.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

**Erläuterung:**

Der bisher erstellte Sicherheitsbericht beinhaltet ausschließlich retrospektive Aspekte. Mit der vom Stadtrat beauftragten Planung eines proaktiven Sicherheitsberichtes mit Risikoanalyse verändert sich die Ausrichtung wesentlich, was Inhalt und Qualität betrifft.

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€



2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	250.000 €
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

**3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)**

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0		
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3	2,5	3. QE, Verwaltung

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: entfällt

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Der für die Erstellung eines Feinkonzeptes erforderliche Personalmehrbedarf wurde bereits mit Stadtratsbeschluss „Einrichtung eines Kommunalen Außendienstes (KAD) in Teilen der Innenstadt“ (Nr. 14-20 / V 08288, Ziffer 6) beschlossen.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm: entfällt

6.2 Begründung/Berechnung:

## Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): Hauptabteilung I Sicherheit und Ordnung. Gewerbe, Abteilung 3 Bezirksinspektionen	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf Bezirksinspektionen im Bereich Lebensmittelüberwachung – Grundsatzsachbearbeitung und Überwachungstätigkeit Betriebe		

### 1. Aufgabe

**1.1 Beschreibung der Aufgabe:** Der Grundsatzbereich Lebensmittelüberwachung ist verantwortlich für die fachliche und organisatorische Leitung der Lebensmittelüberwachung in München, insbesondere für die Zentrale Steuerung und Koordinierung des Fachbereiches LMÜ, die Auswertung und Umsetzung rechtlicher Vorgaben und Weisungen, dem Klären allgemeiner lebensmittelrechtlicher Fragen der Lebensmittelkontrolleure, dem Erstellen von Mustern, Aufbau und Weiterentwicklung des webbasierten „Wiki“ der LMÜ, der fallbezogenen Sachbearbeitung bei bezirksübergreifender oder grundsätzlicher Bedeutung. Zudem erfolgt im Grundsatzbereich eine allgemeine lebensmittelrechtliche Beratung von Verbrauchern und Gewerbetreibenden sowie die Beantwortung allgemeiner Anfragen, Bearbeitung von Anfragen nach dem Verbraucherinformationsgesetz und die Koordinierung des Fachprogramms „Tizian“. Ebenso werden Meldungen aus dem Europäischen Schnellwarnsystem bearbeitet.

Aufgabe des Überwachungsbereichs ist die Ausführung und Überwachung lebensmittelrechtlicher Vorschriften sowie der Vorschriften für kosmetische Mittel, Bedarfsgegenstände, Tabakerzeugnisse und freiverkäufliche Arzneimittel zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in München vor Gesundheitsgefahren und Täuschung (Kontrollen, Probeentnahmen, Maßnahmen, Dokumentation).

### 1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: Alle Aufgaben der Lebensmittelüberwachung bzw. in Bezug auf die Lebensmittelüberwachung sind Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungskreis.

Die Tätigkeiten zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren und Täuschung sind weitgehend durch Europarecht geregelt und verpflichtend sowie dauerhaft durchzuführen.

Pflichtaufgabe gem. Art. 9 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) i.V.m. Art. 3 Abs. 1 Nr. 3, Art. 4 Abs. 1 Satz 1, Art. 1 Abs. 2 Nr. 4, Art. 21 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG).

### 1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	--	--

Erläuterung: Grundsatzbereich - Die Aufgaben der Lebensmittelüberwachung sind ständigen Veränderungen unterworfen. Komplexe rechtliche Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene, neuartige Lebensmittelkonzepte, sowie die Ausweitung der Kontrollaufgaben und Dokumentationspflichten sowie ein Anstieg der Europäischen Schnellwarnmeldungen ziehen erheblichen Steuerungs- und Koordinierungsaufwand nach sich. Aufgrund verstärkter Anfragen von Aufsichtsbehörden, Presse und Verbrauchern bzw. Verbraucherverbänden sind aufwendige

<p>Ermittlungen mit erheblichem Verwaltungsaufwand durchzuführen.</p> <p>Überwachungsbereich - Um die Aufgaben an die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen der Lebensmittelüberwachung anzupassen, war eine organisatorische Umstrukturierung erforderlich. Durch die Übertragung von Führungsaufgaben bzw. Sonderaufgaben sowie teilweise doppelt zu besetzende Kontrollen („4-Augen-Prinzip“), ergibt sich beim Kontrollpersonal der Lebensmittelüberwachung ein zusätzlicher Stellenbedarf um, den erforderlichen Überwachungsstandard wieder gewährleisten zu können.</p> <p>Mit der Stellenschaffung wird perspektivisch auch auf die Siedlungsentwicklung der Landeshauptstadt München reagiert. Mit dem Entstehen neuer Stadtteile (z.B. aktuell in Freiham) entstehen weitere zu überwachende Betriebe.</p>
--

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	375.600 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	1,5		3 QE, VD
	5,5		2. QE, TD (Verbraucherschutz)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	5,5		3 QE, VD

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
	36		2. QE, TD (Verbraucherschutz)

#### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Die Bemessungsmethoden wurden in einem Methodenklärungsgespräch mit POR P 3 abgestimmt:

Grundsatzbereich – Bemessung strategisch-konzeptioneller Tätigkeiten

Überwachungsbereich – Analytische Stellenbemessung

#### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Vor der Bemessung fand zunächst eine Aufgabenkritik statt. Hierbei konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Möglichkeiten gibt, den Aufwand weiter zu reduzieren. Zusätzlich wurden die Prozesse im betrachteten Bereich optimiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen Kapazitäten optimal genutzt werden. Trotzdem ist eine Überlast vorhanden, weswegen nun eine Stellenbemessung durchgeführt und eine Beschlussanmeldung mit Folgekosten nötig wird.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Grundsatzbereich - Ohne die Stellenzuschaltung kann die fachliche Steuerung und Koordinierung der Lebensmittelüberwachung nicht mehr in der erforderlichen Qualität und Quantität erfolgen. Dadurch würden sich Auswirkungen auf die Tätigkeit der Lebensmittelkontrolleure bzw. deren qualitative und einheitliche Arbeitsweise ergeben. Dies hätte wiederum Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in München und könnte zu Problemen mit den Aufsichtsbehörden führen.

Überwachungsbereich - Ohne die Stellenzuschaltung können nicht mehr alle Aufgaben der Lebensmittelüberwachung in der vorgeschriebenen Quantität und Qualität erfüllt werden. Ein ausreichender Verbraucherschutz, insbesondere regelmäßige Kontrolle von Lebensmittelbetrieben, kann damit nicht mehr wie vorgeschrieben gewährleistet werden, Negative Auswirkungen bzw. Gesundheitsgefahren für Verbraucherinnen und Verbraucher können in der Folge nicht ausgeschlossen werden.

#### 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 7

Bedarf in qm: 175 (7x25 qm)

6.2 Begründung/Berechnung:

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19 benötigt werden.

## Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I Sicherheit und Ordnung, Abt. 1 Rechtsangelegenheiten, Bußgeldverfahren, Versicherungsamt, UAbt. 1 Recht	Federführung: Direktorium
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Datenschutzreform 2018 – Teil 2: Weitere Umsetzung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und Stärkung des Datenschutzes in der LHM		

### 1. Aufgabe

#### 1.1 Beschreibung der Aufgabe:

Datenschutz

nicht abschließende, stichpunktartige Beschreibung:

- Unterrichtung und Beratung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters und der Beschäftigten,
- Durchführung von internen Schulungen (und Sensibilisierungsmaßnahmen),
- Bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten: Übermittlung der durch den Verantwortlichen erstellten Meldung an die Aufsichtsbehörde,
- Beratung im Zusammenhang mit der Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) und Überwachung der Durchführung der DSFA,
- Anlaufstelle für die Betroffenen: Beratung betroffener Personen,
- Überwachung der Einhaltung der DSGVO,
- Führung des Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten,
- Stellungnahme vor dem erstmaligen Einsatz oder einer wesentlichen Änderung eines automatisierten Verfahrens, mit dem personenbezogene Daten verarbeitet werden

Diese Aufgaben fallen auf Grund der gesetzlichen Vorgaben in allen Referaten und Eigenbetrieben der LHM an.

Über den Beschluss wird ausschließlich der Mehrbedarf bedingt durch die Novellierung der datenschutzrechtlichen Grundlagen (DSGVO, BDSG-neu, BayDSG) geltend gemacht. Die gemeldeten VZÄ basieren hauptsächlich auf einer Schätzung und sind als Empfehlung einer maximalen Kapazität in den Referaten zu verstehen.

#### 1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: Es handelt sich bei allen Aufgaben um Pflichtaufgaben, die die LHM zur Erfüllung der datenschutzrechtlichen, gesetzlichen Anforderungen aus der EU-DSGVO, dem BDSG und BayDSG durchführen muss. Diese Aufgaben sind dauerhaft.

Die Aufgaben dienen dem Schutz von personenbezogener Daten der Betroffenen, also der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten der LHM. Teilweise werden diese Aufgaben im direkten Kontakt mit dem Bürger erbracht, insbesondere bei der Erfüllung von Betroffenenrechten sowie der Beratung betroffener Personen.

#### 1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	--	--

#### Erläuterung:

Durch die Novellierung der datenschutzrechtlichen Gesetzgebung auf europäischer, nationaler und bayerischer Ebene (EU-DSGVO, BDSG-neu, BayDSG) kommen neue Aufgaben und erhebliche Ausweitungen von Aufgaben auf die Datenschutzorganisation der LHM zu.

Folgende Punkte stellen eine inhaltlich/ qualitative Veränderung einer bestehenden Aufgabe dar:

- Führung des Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten
- Überwachung der Einhaltung der DSGVO
- erheblich erhöhte Dokumentation und Rechenschaftspflicht

Folgende Aufgaben sind neu (keine abschließende Aufzählung, sondern die wesentlichen Aufgaben):

- Anlaufstelle für die Betroffenen: Beratung betroffener Personen zu allen mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß DSGVO im Zusammenhang stehenden Frage
- Bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten: Übermittlung der durch den Verantwortlichen erstellten Meldung an die Aufsichtsbehörde, in Zusammenarbeit mit der IT-Abteilung oder dem IT-Sicherheitsbeauftragten, entsprechend der Ablaufbeschreibung in der Dienstanweisung Datenschutz innerhalb von 72 Stunden.
- Stellungnahme vor dem Einsatz geplanter Videoüberwachungen, insbesondere hinsichtlich Zweck, räumlicher Ausdehnung, Dauer der Videoüberwachung, betroffener Personenkreis, vorgesehener Maßnahmen zur Kenntlichmachung und vorgesehene Auswertungen
- Beratung – auf Anfrage – im Zusammenhang mit der Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) und Überwachung der Durchführung der DSFA gemäß Art. 35 DSGVO
- Überwachung der Einhaltung der DSGVO
- Koordination und zusammenfassende Beantwortung von Betroffenenanträgen innerhalb eines Monats

Folgende Punkte stellen eine quantitative Aufgabenausweitung dar:

- Führung des Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten (Erhöhung von ca. 500 auf 3.500)

## 2. Finanzielle Auswirkungen

### 2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	207.500 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€

2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	2,5		4, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	0,5		4, VD

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Schätzung, teilweise Arbeitsaufzeichnung, Fallzahlen und geschätzte Bearbeitungszeiten ( <i>Erarbeitung der Methodik i. R. AG; Aufwandsschätzung des Projekts DS-GVO des Direktoriums</i> )

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
<p>5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:</p> <p>Eine Alternative zur Kapazitätserweiterung erscheint nicht möglich, sofern die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden sollen. Bereits jetzt werden schon bestehende Aufgaben teilweise nicht erfüllt bzw. mit Praktikanten oder der Zuschaltung von externen Kräften kompensiert. Dies kann jedoch kein Dauerzustand sein.</p> <p>Eine Priorisierung innerhalb der Aufgaben, die alle einen gesetzlichen Hintergrund haben ist kaum möglich.</p>
<p>5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:</p> <p>Eine Umsetzung der DSGVO in der LHM und die dauerhafte Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen würde nicht erfolgen. Die Aufsichtsbehörde, in diesem Fall der Landesbeauftragte für den Datenschutz in Bayern könnte im schlimmsten Fall Verarbeitungstätigkeiten untersagen. Des weiteren besteht die Möglichkeit von Klagen und Schadensersatzforderungen.</p> <p>Folgende wesentliche Auswirkungen würden sich ergeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Beratung betroffener Personen (Anlaufstelle für die Betroffenen)</li> <li>- keine Beratung im Zusammenhang mit der Datenschutzfolgenabschätzung</li> <li>- die gesetzlichen Meldefristen bei der Verletzung von Daten (sog. Datenschutzpannen) von 72 Stunden können nicht eingehalten werden.</li> <li>- Die Erfüllung von Betroffenenrechten kann nicht innerhalb eines Monats erfolgen.</li> </ul>

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
--

- keine Überwachung der Einhaltung der DSGVO
--

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
---------------------------------------

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 3
--

Bedarf in qm: 75 (3x25 qm)
----------------------------

6.2 Begründung/Berechnung:
----------------------------

Es entsteht ein Flächenbedarf, der in den vorhandenen Objekten des KVRs nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weshalb zusätzliche Flächen in räumlicher Nähe zur Ruppertstraße 11-19 benötigt werden.
---